

Kein Licht am Horizont. Zur Arbeit der neuen Landesregierung

„Die rot-grün-blaue Landesregierung will die Rahmenbedingungen für die Menschen besser gestalten und diesem tollen Bundesland Zukunftschancen geben. Wir sehen Schleswig-Holstein nicht als Ansammlung von Zahlen, sondern als eine Gemeinschaft von Menschen, für die wir Verantwortung tragen. Wir nehmen das Leben dieser Menschen in den Blick und wollen dass es ihnen Freude bereitet, in diesem Land zu leben.“ (Torsten Albig auf einer Pressekonferenz vom 16. August).

Mit diesen Worten beschrieb Ministerpräsident Torsten Albig auf einer ersten Bilanz-Presskonferenz die Ziele der neuen Landesregierung: Zukunftschancen, Verantwortung und Freude an einem Leben in Schleswig-Holstein – dies sind die Schlüsselwörter, die er gebraucht. Darin liegen also die neuen Horizonte, die die Dänenampel mit ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat.

Seit mehr als 70 Tagen ist die neue Landesregierung nun im Amt. Viele Versprechungen haben SPD, GRÜNE und SSW im Wahlkampf gemacht. Allen voran der heutige Ministerpräsident, der Schleswig-Holstein offiziell zu seinem „Lieblingsland“ auslobte und „gutes Regieren“ öffentlich zu seinem Politikstil erklärte.

63 Seiten umfasst der neue Koalitionsvertrag. Die neue Landesregierung wird sich an ihm messen lassen müssen – auch wenn Bildungsministerin, Frau Prof. Dr. Waltraud Wende, ihn kürzlich lediglich als eine Richtlinie bezeichnete, die Interpretationen erlaube. Wie viel Wert ist aber ein Vertrag, wenn er beliebig auslegbar ist? Wer weiß dann, wo die neuen Horizonte liegen, die er schaffen soll?

Darum bleibt abzuwarten, wie fest das Fundament ist, auf dem der Koalitionsvertrag steht. Fest steht aber: Schon in den ersten Wochen und Monaten wird kräftig an ihm gerüttelt. In vielen Punkten spricht die Koalition nicht mit einer Stimme. Gerade bei den Planungen zur A20 wird deutlich, dass sich die Koalitionäre untereinander nicht immer grün sind und unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie das Lieblingsland des Ministerpräsidenten künftig aussehen soll. Wichtige Infrastrukturprojekte, die Zukunftschancen für Schleswig-Holstein bergen, drohen dabei auf der Strecke zu bleiben oder ganz unter die Räder zu kommen.

In anderen Bereichen, wie der Regionalplanung oder dem Glücksspielgesetz, turmt die neue Landesregierung gleich mehrere Rollen rückwärts und setzt von der CDU und FDP geschaffenes Recht wieder außer Kraft.

Daneben präsentiert die Dänenampel Projekte, die noch die CDU-geführte Landesregierung auf den Weg gebracht hat, als ihre eigenen politischen Erfolge. Oder sie übernimmt – wie bei der verschobenen Ausweisung der Windeignungsflächen – schlichtweg Entscheidungen der Vorgängerregierung, für die sie diese in der vergangenen Legislaturperiode noch heftig kritisiert hatte.

Neue Horizonte hat die neue Koalition bislang nicht geschaffen; sie sind nicht im Ansatz erkennbar. Im Gegenteil: Wichtige Zukunftschancen für Schleswig-Holstein werden verspielt; Entscheidungsspielräume durch Diktate von oben verkleinert und Verantwortung für das gesamte Land beiseite geschoben. Der Dänenampel ist schon am eigenen Horizont das Licht ausgegangen.

Die folgenden Seiten bieten einen Überblick darüber, wo die neue Koalition

- den Kurs der Vorgängerregierung einfach fortsetzt, obwohl sie ihn selbst zuvor kritisiert hat (z.B. Ausweisung von Windeignungsflächen)
- Gesetze zurücknimmt, die Schleswig-Holstein nachweislich gut getan haben (z.B. Glücksspielgesetz) und
- sich über Dinge streitet, die im Koalitionsvertrag längst geklärt sind (z.B. Weiterbau der A20).

1. Bildung: Dänenampel untergräbt Schulfrieden

Wie in anderen Politikbereichen hat die neue Landesregierung in der Bildungspolitik ein neues Politikverständnis angekündigt und einen bildungspolitischen Dialog ausgerufen. Parteiübergreifend sollen mit Vertretern aus Schule, Gesellschaft und Politik gemeinsam Lösungen erarbeitet werden, die den Schulen für die nächsten zehn Jahre Planungssicherheit geben sollen.

Auftakt des Bildungsdialogs soll eine **Bildungskonferenz** sein, die alle Akteure an einen Tisch holt. Doch schon die Einladung zur Bildungskonferenz zeigt deutlich, wie das neue Politikverständnis der Dänenampel in Wirklichkeit aussieht: Von Dialog kann keine Rede mehr sein. Das Programm der Konferenz dokumentiert, dass sich die Landesregierung längst auf das zweigliedrige Schulsystem aus Gemeinschaftsschule und Gymnasium festgelegt hat und die **Abschaffung der Regional-**

schulen bereits beschlossene Sache ist. Bislang hatte es geheißt, dass mit den Regionalschulen über die Frage der Zwangsumwandlung zu Gemeinschaftsschulen noch gesprochen werden solle. Somit entpuppt sich die Bildungskonferenz als bloßer Werbeblock für die Ministerin. Der Dreiklang aus inhaltlicher Vorgabe, Nichteinladung kritischer Stimmen und Begrenzung der Teilnehmer ist ein klarer Beleg dafür, dass diese Konferenz nie als offener Austausch angelegt war.

Zudem weigert sich die Dänenampel zur **Finanzierung der 300 zusätzlichen Lehrerstellen**, wie Schülern, Lehrkräften und Eltern im Wahlkampf versprochen, einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Stattdessen soll der **Vertretungsfonds zur Finanzierung** herangezogen werden. Dieses Geld kann nun nicht mehr in vollem Umfang zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls verwendet werden. Eine Antwort, wie sie den Unterrichtsausfall alternativ in den Griff bekommen will, hat die Ministerin nicht.

Bereits in ihren ersten Tagen als Bildungsministerin hat Frau Prof. Dr. Waltraud Wende deutlich gezeigt, dass die Gemeinschaftsschule ihre **Lieblingsschule** ist. Bei der Verteilung der 300 zusätzlichen Lehrerstellen findet eine **Ungleichbehandlung der Schulformen** statt. Die ersten 180 Lehrerstellen kommen nur den Schulen zugute, die das Konzept der Lieblingsschule der Bildungsministerin umsetzen. Nämlich die Gemeinschaftsschulen! Die verbleibenden 120 Planstellen werden nach dem gängigen Planstellenzuweisungsverfahren vergeben. Damit werden die Gemeinschaftsschulen ein weiteres Mal bevorzugt, da die bereits berücksichtigten Schulen zum Schulhalbjahr erneut bedacht werden. Durch den eingeschlagenen Weg hat sich die Dänenampel gegen das Gymnasium und die Regionalschule ausgesprochen. Das ist für Schleswig-Holstein nicht hinnehmbar! Das Ziel unserer Bildungspolitik ist ein echter Schulfrieden und dazu gehört eine gleichberechtigte Unterrichtsversorgung aller bestehenden Schularten.

Die **geplante Einführung des Stufenlehrers** in der Lehrerausbildung ist der Anfang vom Ende des mehrgliedrigen Schulsystems und der erste Schritt in Richtung Gemeinschaftsschule als einzige allgemeinbildende weiterführende Schulform. Durch die Abschaffung der Gymnasiallehrausbildung verabschiedet sich die Koalition von Bildungsvielfalt und individueller Förderung. Wir halten diesen Weg für falsch und plädieren stattdessen dafür, an der von uns reformierten Ausbildung der Lehrkräfte in Flensburg und Kiel festzuhalten. Dies wird einem begabungsorientierten Schulsystem am ehesten gerecht. Durch ihre ideologisch geführte Politik wird der endlich geschaffene Schulfrieden erneut untergraben.

Auch in der Kulturpolitik verspricht die neue Landesregierung einen **kulturpolitischen Dialog** führen zu wollen. An der Diskussion um die Finanzierung des Schleswiger Theater-Neubaus wird schon jetzt deutlich, dass dieser Dialog besser in den eigenen Reihen geführt werden sollte: So verspricht die Regierungsfraktion SPD, den Neubau über den kommunalen Finanzausgleich zu fi-

finanzieren. Innenminister Breitner lehnt dies auf der anderen Seite strikt ab. Wann und unter welchen Voraussetzungen die von der Landesregierung im Koalitionsvertrag angekündigte Dynamisierung der FAG-Mittel für die Theater in Schleswig-Holstein umgesetzt wird, steht bislang noch in den Sternen. Fest steht nur, dass die Kulturministerin aufgefordert wurde, ein Theaterkonzept zu erstellen.

2. **Wirtschaft: Wo bleiben die Wachstumsimpulse für Schleswig-Holstein?**

Im Koalitionsvertrag haben sich SPD, GRÜNE und SSW darauf verständigt, die Wirtschaft in Schleswig-Holstein zu stärken - zumindest pro forma. Gerade in den vergangenen Wochen ist deutlich geworden, was für die Koalition „Wachstum“ bedeutet: **Der geplante Stopp der A20** an der A7, wie ihn der Koalitionsvertrag eindeutig vorsieht, ist ein herber Rückschlag für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Allerdings scheinen nicht alle Mitglieder der Koalition mit dieser **Sackgassenlösung** leben zu können. Während Verkehrsminister Meyer jüngst im Wirtschaftsausschuss seine eigenen Zusagen zum Weiterbau der A20 gegenüber der Presse zurückzieht und sich plötzlich auf die Gültigkeit des Koalitionsvertrages beruft, verspricht Ministerpräsident Albig in Dithmarschen den Weiterbau der A20. Damit ist die Verwirrung komplett: Niemand weiß mehr, was nun tatsächlich gilt – kommt die Küstenautobahn mit westlicher Elbquerung oder kommt sie nicht?

Eine überragende Mehrheit der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner wünscht sich gerade diese Ost-West-Verbindung, da sie nicht nur beide Küsten des Landes miteinander verbindet, sondern dank der Elbquerung auch eine verkehrsgünstigere Alternative zum staugeplagten Hamburger Elbtunnel darstellt. Angesichts der verkehrspolitischen Bedeutung der A20 für Schleswig-Holstein darf sich die SPD als der große Koalitionspartner nicht länger von ihrem kleinen Partner GRÜNE vorführen lassen. Die A20 muss schnell kommen. Die Landesregierung muss für den Weiterbau auf schleswig-holsteinischem Boden sorgen und sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die A20 auch auf niedersächsischer Seite in der nächsten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans als vordringliches Vorhaben geführt wird.

Aber nicht nur die A20, auch die Zukunft der **Festen Fehmarnbeltquerung** und ihrer **Hinterlandanbindung** sind nach der Landtagswahl wieder ungewiss: Die neue Landesregierung will laut Koalitionsvertrag auch diese wichtigen Projekte und damit den deutsch-dänischen Staatsvertrag wieder auf den Prüfstand stellen. Die Bekundungen zum gültigen Staatsvertrag mit Dänemark sind nur Makulatur; schließlich fordert der Koalitionsvertrag eine ergebnisoffene Neubewertung beider

Projekte. Mit einer Verschleppungsstrategie versucht die Dänenampel hingegen beide Projekte für die Zukunft unwirtschaftlich zu machen. So hat die neue Landesregierung bereits als eine ihrer ersten Amtshandlungen die Zusage von 60 Millionen Euro aus Landesmitteln für Lärmschutzmaßnahmen und Schienenunterführungen gestrichen. Damit hat die Dänen-Ampel kurz nach ihrer Regierungsübernahme große Verunsicherung in der Region ausgelöst. Ein Baustopp wäre nicht nur eine wirtschaftliche und verkehrspolitische Katastrophe, er würde auch dem deutsch-dänischen Verhältnis schweren Schaden zufügen. Die Dänenampel täte gut daran, den Weg der CDU zu einem schnellen Start des Planfeststellungsverfahrens in Schleswig-Holstein fortzusetzen.

Auch bei den **Lang-LKW** steht die Dänenampel auf Rot; im Koalitionsvertrag haben SPD, GRÜNE und SSW den Rückzug aus dem bestehenden Feldversuch angekündigt. Zwei schleswig-holsteinische Speditionen haben bereits Lang-LKW im Einsatz. Ein sogenannter „Ökoliner“ kann drei herkömmliche LKW ersetzen. Die Spediteure erwarten, dass dadurch der Treibstoffverbrauch um rund 45 000 Liter und der CO₂-Ausstoß um 127,5 Tonnen pro Jahr verringert werden kann. Ein Ausstieg aus dem Feldversuch ist aus ökologischer Sicht unverantwortlich und würde gleichzeitig auch die Pläne dänischer Logistikunternehmen durchkreuzen, die Lang-LKW auf schleswig-holsteinischen Straßen einsetzen wollen. Das Gesamtgewicht der Lang-LKW mit Ladung wird das Gewicht von „normalen LKW“ dabei nicht überschreiten dürfen.

Auf der Schiene geht die Dänenampel ebenfalls auf verkehrspolitische Geisterfahrt und droht, den überparteilichen Konsens der vergangenen Legislaturperiode zum **Ausbau der S4** und zur **Elektrifizierung der AKN** zugunsten des grünen und wirtschaftlich unrentablen Prestigeprojekts der Kieler StadtRegionalbahn (SRB) wieder aufzukündigen. Allerdings wird der Bund nicht zweimal Geld geben. Deshalb wäre es ein verkehrspolitischer Irrweg, die ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Projekte S4 und AKN, die zudem in der gesamten Metropolregion Hamburgs eine breite Unterstützung erfahren, in der Prioritätenliste nach hinten zu verbannen. Die CDU lehnt eine Mittelkonkurrenz durch grüne Prestigeprojekte ab.

Insbesondere an der geplanten Aufstockung der Finanzmittel für die Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein (TASH) auf der einen Seite und der geplanten Rückführung der Bäderregelung auf der anderen wird sich zeigen, wie zukunftsfähig das **Tourismuskonzept der neuen Landesregierung** tatsächlich ist. Der TASH mehr Geld zu versprechen, ohne zu sagen, woher das Geld kommen soll, ist keineswegs zielführend. Auch ist es nicht schlüssig, einerseits mehr Geld für die Tourismuswerbung auszugeben, andererseits den Touristen bei der Bäderregelung die Tür vor der Nase zuzuschlagen. Die angekündigte Bundesratsinitiative von Finanzministerin Heinold zur Rücknahme der Mehrwertsteuerabsenkung zeigt überdeutlich, dass ein schlüssiges Gesamtkonzept für den Tou-

rismus in Schleswig-Holstein fehlt. Wer auf die Idee kommt, unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen erst die Wettbewerbsgrundlage zu entziehen, um hinterher mit dem gleichen Geld die Wettbewerbsfähigkeit derselben Unternehmen wieder zu fördern, macht keine Wirtschaftspolitik, sondern veranstaltet Taschenspielertricks auf Kosten der schleswig-holsteinischen Tourismusunternehmen.

3. **Energiewende: Pläne der Vorgängerregierung werden fortgeführt**

Der **Ausbau der Stromleitungen** in den Übertragungs- und Verteilnetzen ist die Grundlage der Energiewende in Schleswig-Holstein. Ohne neue Netze kann es keine Energiewende geben. Allein Schleswig-Holstein braucht mehr als 1000 Kilometer neue Leitungen auf allen Netzebenen. Es ist zu hoffen, dass der Energiewendeminister bei aller Begeisterung für den drei Kilometer langen Lückenschluss in Büttel, den noch die alte Landesregierung auf den Weg gebracht hat, nicht die großen Freileitungen mit Bürgerbeteiligung aus den Augen verliert.

Umso erfreulicher ist die Nachricht, dass die Koalition das Vorhaben ihrer CDU-geführten Vorgängerregierung weiter verfolgt und **Helgoland** zum Servicestandort für Offshore-Technik ausbauen will. Auch an den Plänen, den **Brunsbütteler Hafen** als Standort für die Verschiffung von Großkomponenten weiterzuentwickeln, hält die Dänenampel fest. Hier für hatte noch die Vorgängerregierung einen Zuschuss von 25 Millionen Euro zugesagt.

Auch für die Dänenampel sind die Häfen Büsum, Husum, Hörnum und Rendsburg wichtige Bestandteile der Offshore-Strategie.

Bei der **Ausweisung neuer Windeignungsgebiete** folgt die Dänenampel den Plänen ihrer Vorgängerregierung, obwohl sie diese in der vergangenen Legislaturperiode noch selbst kritisiert hatte. Die neuen Windeignungsgebiete sollen entsprechend dem Verfahren der CDU/FDP-Regierung mit einer zweiten Anhörung bis zum Jahreswechsel 2012/13 ausgewiesen werden. Die großspurig angekündigte Beschleunigung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN musste der neue Energiewendeminister bereits in einem Schreiben an die Kommunen selbst korrigieren. Darin fordert er diese auf, schon vor der offiziellen Ausweisung der Windeignungsflächen mit der Planung zu beginnen – natürlich auf eigenes Risiko. Nach dem Willen der neuen Landesregierung soll die Kommune sämtliche Planungskosten tragen, aber keine Sicherheit haben, dass ihr Vorhaben genehmigt wird. Dass die neue Landesregierung das beschlossene Verfahren von CDU und FDP übernommen hat, zeigt:

Die Vorgängerregierung hat ein schnelles, transparentes und bürgernahes Verfahren etabliert, das in Deutschland seines Gleichen sucht. Das musste nun auch die Dänenampel feststellen.

Aber nicht überall knüpft die Dänenampel an die Konzepte der Vorgängerregierung an: Mit ihrer ablehnenden Haltung hat die neue Landesregierung das **Aus des Steinkohlekraftwerks Brunsbüttel** begünstigt. Der Verzicht auf das Steinkohlekraftwerk mit Investitionen in den Standort in Höhe von drei Milliarden Euro ist ein schwerer Schlag gegen den Energiestandort Schleswig-Holstein und zukünftige Arbeitsplätze in der Region. Eine wirkliche Alternative legt die neue Landesregierung nicht vor. So wird es nicht ausreichen, die entstandene Lücke einzig mit Arbeitsplätzen in der Windenergiebranche zu kompensieren. Ebenso kann die Ansiedlung großer Unternehmen in Schleswig-Holstein nur gelingen, wenn Energie bezahlbar sowie schnell und sicher verfügbar bleibt.

Die Vorstellung von Energiewendeminister Habeck, dass Waschmaschinen vorzugsweise dann angeschaltet werden, wenn der Wind weht, zeigt die Realitätsferne der grünen Energiepolitik. Wenn Betriebe nur arbeiten und produzieren dürfen, wenn Windstrom produziert wird, ist das ein Drama für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein und die Arbeitsplätze.

Wer Wachstum will, darf es nicht verhindern. Aber welches Unternehmen wird einen Produktionsstandort an der Westküste planen, wenn weder ein Autobahnanschluss noch eine ausreichende Menge gespeicherter Energie im Land gesichert sind? Der alleinige Fokus der Landesregierung auf die Produktion und Installation von Windenergieanlagen und Solarzellen ist zu eindimensional und wird sich auch strategisch für zukünftige Arbeitsplätze problematisch auswirken.

4. Finanzpolitik: Zeit der ungedeckten Schecks wieder auf dem Vormarsch!

Entgegen der mehrfach, in namentlicher Abstimmung erhobenen Forderung zu Oppositionszeiten verzichteten SPD, Grüne und SSW nunmehr auf die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes. Stattdessen arbeitet die neue Regierung dieses Jahr unverändert mit dem von CDU und FDP beschlossenen - und von der damaligen Opposition so heftig kritisierten - Haushalt weiter!

Während sich die neue Landesregierung bis Ende Oktober mit der Vorlage des **Haushaltsentwurfs für 2013** Zeit lassen will, soll die anschließende Parlamentsberatung nach dem Willen von SPD, Grünen und SSW im Eiltempo durchgepeitscht werden. Für das Durcharbeiten des Entwurfs und für Einreichen schriftlicher Fragen an die Landesregierung wird den Fraktionen bis zur Beratung im

Finanzausschuss gerade mal ein Zeitraum von zwei Wochen eingeräumt, wo bislang zwei Monate üblich waren.

Die im Koalitionsvertrag bezifferten **Haushaltsumschichtungen für 2013** belaufen sich auf 40 bis 45 Millionen Euro. Wenn sich diese Zahlen mit dem Haushaltsentwurf bestätigen sollten, würde die neue Regierung weniger als 0,5% des jährlichen Haushaltsvolumens umschichten. So schlecht kann die Arbeit der Vorgängerregierung dann doch nicht gewesen sein.

Allerdings hat die neue Landesregierung noch nicht gesagt, wie sie ihre **Wahlversprechen**, die Einzug in den Koalitionsvertrag gehalten haben, nach 2013 auch tatsächlich finanzieren will. Wenn die Koalition ihren Koalitionsvertrag ernst nimmt, wird die **Zeit der ungedeckten Schecks** wieder kommen: Bislang stellt die Koalition mit ihrem Koalitionsvertrag lediglich ungedeckte Schecks für die Zukunft aus und hofft auf Steuererhöhungen im Bund.

Zudem verfehlt die Landesregierung das populistische Ziel von Torsten Albig deutlich, die **Gehälter des Kabinetts** um 15 Prozent zu kürzen. Mit dem vorgesehenen Kürzungsbetrag von rund 75.000 Euro wird die Gesamtsumme der Bezüge der Kabinettsmitglieder lediglich um 6,58 Prozent verringert. Auch der Kürzungsbetrag beim Ministerpräsidenten von 2.100,- Euro brutto ist mehr Schein als Sein: So ergibt sich dieser nur dadurch, dass die vorgesehene Streichung der steuerfreien Aufwandsentschädigung des Ministerpräsidenten von 265,87 Euro auf einen Brutto-Betrag von 490 Euro hochgerechnet wurde. Die Einsparung im Landeshaushalt beläuft sich lediglich auf 1.891,98 Euro. Der tatsächliche Verzicht des Ministerpräsidenten beträgt lediglich rund 1.150 Euro netto monatlich.

Ferner hat die Dänenampel einen **zusätzlichen Staatssekretär** geschaffen, der allein mit seinem Grundgehalt von 113.000 Euro die eingesparten Kosten von 75.000 Euro bei weitem übersteigt. Hinzu kommen Familienzuschlag, Dienstwagen, Fahrer und Vorzimmer. Die Landesregierung ist die Antwort auf die Frage nach diesen zusätzlichen Kosten bislang schuldig geblieben (Kleine Anfragen 18/26 und 18/105). Nicht verständlich ist, warum ein zusätzlicher Staatssekretär überhaupt nötig wurde. So hat es in der vergangenen Legislaturperiode im Wirtschaftsministerium nur eine zuständige Staatssekretärin für Wirtschaft, Verkehr, Energie und die HSH-Nordbank gegeben. Die Zuständigkeit für die Energiepolitik wurde in dieser Legislaturperiode an das Energiewendeministerium, die für die HSH-Nordbank an das Finanzministerium abgegeben. Neu hinzugekommen ist lediglich der Bereich Arbeit. Warum bedarf es für diesen verringerten Zuständigkeitsbereich nunmehr zweier Staatssekretäre?

5. Innen- und Recht: Per „Diktat von oben“ statt Verantwortung vor Ort

Beim **Glücksspiel** probt die Landesregierung derzeit eine schwierige Rolle rückwärts. So plant die Dänenampel, aus dem bestehenden Glücksspielgesetz wieder auszusteigen und dem umstrittenen Glücksspieländerungsstaatsvertrag der anderen 15 Bundesländer beizutreten. In diesem Zusammenhang spricht die Landesregierung unter Ministerpräsident Albig von „notwendigen Verfahren bei der Europäischen Kommission“, wodurch der Vertrag mit Auflagen bereits notifiziert sei. In Wahrheit kann von einer Notifizierung durch die Europäische Union jedoch überhaupt keine Rede sein, da diese beim Staatsvertrag erhebliche Mängel bei der Lizenzierung von privaten Wettanbietern erkannt hat und entsprechende Nachbesserungen fordert. Daher wird der Glücksspieländerungsstaatsvertrag in seiner jetzigen Form keine Notifizierung durch Europa erhalten. Deshalb sollte die Dänenampel ihren Geisterkurs aufgeben und beim tatsächlich notifizierten schleswig-holsteinischen Glücksspielgesetz bleiben, da hier schon heute klare und rechtsverbindliche Regeln gelten.

Beim **Gesetz zur Kommunalisierung der Regionalplanung** hat die neue Landesregierung in der August-Sitzung des Landtages die erste Hürde genommen, um das Rad wieder zurückzudrehen. Die von CDU und FDP in der letzten Legislaturperiode beschlossene Kommunalisierung der Regionalplanung bot die große Chance, die Regionalplanung dezentral in den Planungsräumen zu gestalten. Die vergangene Landtagssitzung hat gezeigt, dass die neue Landesregierung keinerlei Vertrauen in die Kommunalpolitiker vor Ort hat. Mit ihrem neuen Gesetzentwurf hat die Koalition ein Misstrauensvotum ausgesprochen, das die so oft versprochenen Entscheidungskompetenzen vor Ort schwächt.

Auch vor dem **Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz** und der dafür vorgesehenen Finanzierung macht die neue Landesregierung nicht Halt. Von Seiten der CDU war das Gesetz die richtige Antwort auf die Lage der hoch verschuldeten Kommunen und Kreise. 90 Millionen Euro jährlich stehen den Kommunen dann künftig nicht mehr zur Verfügung! Dafür soll das Finanzausgleichsgesetz (FAG) angepasst werden. Ein erster Schritt, um den Weg hin zu überschaubareren gemeindlichen Strukturen zu schaffen.

Gemeindegrößen von mindestens 8000 Einwohnern werden angestrebt, wobei Zusammenschlüsse „natürlich“ nur auf freiwilliger Basis erfolgen sollen. Die proklamierte Freiwilligkeit ist also nicht viel wert, wenn gleichzeitig eine finanzielle Drohkulisse durch ein neues FAG aufgebaut wird. Die bisherige **gemeindliche Gebietsstruktur** hat sich bewährt und stellt sicher, dass – gerade auch in kleinen Gemeinden – das Gemeinwohl gesichert ist und ehrenamtliches Engagement groß geschrieben wird.

Vor der Wahl noch hatte Torsten Albig den Eindruck erweckt, den Kommunen 120 Millionen Euro für die Bewältigung der eigenen Aufgaben wieder zur Verfügung zu stellen. Stattdessen sollen jetzt 80 Millionen Euro zweckgebunden für den Ausbau und den Betrieb von KiTas genutzt werden dürfen. Die ersten 15 Millionen Euro kommen dabei von den Kommunen selbst: durch die Abschaffung des kommunalen Haushaltskonsolidierungsgesetzes. Die Kommunen, die bereits die Pflicht auf einen Rechtsanspruch für Kindergartenplätze erfüllt haben, gehen dabei leer aus und werden für ihr bisheriges Engagement „abgestraft“. Kommunen, die bisher nicht in den Ausbau der Kitas investiert haben, werden hingegen belohnt.

Zudem will die Landesregierung Verwaltungseinheiten ab 10.000 Einwohner wieder per „Diktat von oben“ verpflichten, **hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte** einzustellen, die mit mindestens 1,5 Millionen Euro zu Buche schlagen werden – eine Summe, für die es im Haushalt keine Gegenfinanzierung gibt und damit von den Kommunen geschultert werden muss.

Auch die **Abschiebehaftanstalt in Rendsburg** soll nach den Plänen der Landesregierung geschlossen werden. Abschiebungen seien kein „Kriminalitätsdelikt“, argumentiert die Dänenampel. Es führt aber kein Weg daran vorbei, dass auch in Schleswig-Holstein die richterliche Anordnung der Abschiebehaft vollzogen werden muss. Haben wir keine eigenen Einrichtungen, müssten Einrichtungen anderer Bundesländer in Anspruch genommen werden – auch das kostet Geld!

6. Soziales: Wer soll das bezahlen?

Bereits im Koalitionsvertrag hat die neue Landesregierung angekündigt, zur „Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit“ die Kürzungen durch die schwarz-gelbe Vorgängerregierung wieder zurückzunehmen.

Danach plant die Dänenampel:

- die Erhöhung des Landesblindengeldes auf 300 Euro;
- die Rücknahme der Kürzungen aus dem Sozialvertrag II;
- die Einführung einer Pflegekammer sowie einer Berufsordnung;
- die Einrichtung einer „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ sowie
- die Rücknahme sämtlicher Kürzungen für Sozialverbände und Beratungsstellen.

Allerdings hat die neue Koalition nicht festgehalten, wie sie die **Rücknahme der Kürzungen** konkret finanzieren will, zumal der Bereich Schule und Bildung an oberster Stelle auf der Prioritätenliste steht und hier eine Reihe zusätzlicher Mehrausgaben veranschlagt wird.

Widersprüche lassen sich auch in der **Drogen- und Suchtpolitik** erkennen. So wollen die drei Koalitionäre die Freimengen für Cannabis verdoppeln, Drogenräume legalisieren und ein sogenanntes Drugchecking einführen, bei dem ein Drogenkonsument auf Staatskosten die Qualität seiner Drogen kontrollieren lassen kann. Die zuständige Sozialministerin zweifelt jedoch jetzt schon an der Umsetzung des staatlichen Drogenchecks. So hat sie neben fachlichen Zweifeln auch ihre haftungsrechtlichen Bedenken bereits kundgetan. Ein Konzept über die weitere Ausgestaltung der Zusagen aus dem Koalitionsvertrag im Bereich der Sucht- und Drogenpolitik ist die neue Landesregierung noch schuldig.

Fest steht lediglich, dass die SPD-geführte Landesregierung das in der Großen Koalition beschlossene Nichtraucherschutzgesetz überprüfen und die Ausnahmeregelungen verschärfen will. Wie diese Verschärfung im Nichtraucherschutz mit der geplanten Anhebung der Freigrenze für Drogenkonsum zusammenpasst, erschließt sich jedoch nicht.

Es bleibt festzuhalten: In der Sozialpolitik verspricht der Koalitionsvertrag viel; er enthält aber keine Aussage, wie die Schuldenbremse beibehalten werden kann, wenn die Sozialleistungen in dem Maße steigern sollen, wie es die neue Landesregierung vorsieht.

7. Agrar- und Umwelt: Zwischen Rückschritt und Etikettenschwindel

Auch im Bereich des **Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ)** und der **Förderung des Ökolandbaus** wird das Rad der Zeit zurückgedreht. Einmal mehr bleiben wesentliche Finanzierungsfragen unbeantwortet. Deshalb wird die CDU-Landtagsfraktion auch hier sehr genau beobachten, wie sich die Haushaltslage unter der Dänenampel entwickelt. Die Opposition wird wachsam sein, wo neue Schulden gemacht oder welche Leistungen an anderer Stelle gestrichen werden.

Während die neue Landesregierung ihren Beitritt zum **Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen** feiert, lohnt sich ein Blick hinter die Kulissen: "Im Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen verpflichten sich Regionen oder lokale Gebietskörperschaften im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und unter Beachtung des Europäischen Gemeinschaftsrechts, verschiedene Ziele zur Koexistenz von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen mit konventionellen und ökologischen Kulturen gemäß der Charta von Florenz zu verfolgen" (Bericht der Landesregierung Drs. 18/ 70,

Seite 2). Aber genau diese Situation existierte auch schon in den letzten Jahren - das Satzungstüm ist daher nur heiße Luft: Seit Dezember 2008 hat es auch ohne dieses Netzwerk keine Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Schleswig-Holstein gegeben. Warum auch hätte die CDU eine Politik gegen den erklärten Mehrheitswillen der Verbraucherinnen und Verbraucher machen sollen? Der erneute Betritt ist daher wieder pure Augenwischerei.

Aber offensichtlich war auch in den Augen der Dänenampel nicht alles schlecht, was die Vorgängerregierung auf den Weg gebracht hat:

- Die Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für verschiedene Maßnahmen zur Sicherung des Bestandes **zu- und durchwandernder Wölfe** in Schleswig-Holstein wurde am 9. Mai 2012 – nur drei Tage nach der Landtagswahl – bekannt gegeben. Sie ist noch unter CDU-Verantwortung entstanden – schließlich braucht eine Richtlinie länger als 48 Stunden, um am nächsten Tag verkündet zu werden.
- Auch das **Forstvermehrungsgutgesetz**, das die neue Landesregierung in die August-Tagung des Landtages eingebracht hat, stammt noch aus der Feder der CDU-geführten Vorgängerregierung. Der Gesetzentwurf fiel kurz vor der Landtagswahl der Diskontinuität anheim, da seine Beratungszeit nicht mehr ausreichte.

Doch wie ist es, wenn Minister Habeck konkret gefordert ist: Dann regiert Hilflosigkeit. Der explosionsartigen Ausbreitung des Jakobskreuzkrautes und der Anreicherung von Giftstoffen im Honig sah die neue Landesregierung zunächst tatenlos zu. Ihre Antwort beschränkte sich auf unzulängliche „Alternativangebote“ für Bienen. Erst nach dem energischen Einschreiten der CDU sah sich der Umwelt- und Verbraucherschutzminister in der Pflicht, ein „Handlungskonzept“ zu erstellen.

Fazit:

Der neue Koalitionsvertrag verspricht viel; die Arbeit der neuen Landesregierung wenig. Noch nicht einmal 100 Tage hat die Koalition gebraucht, um ihre politische Irrfahrt zu offenbaren: Mit Volldampf droht Schleswig-Holstein in die Sackgasse zu geraten. Selbst führende Minister haben sich bereits vom Koalitionsvertrag verabschiedet. So wird es der neuen Landesregierung allerdings nicht gelingen, die neuen Horizonte zu schaffen, die sie selbst angekündigt hat. Der Koalition fehlen die nötige Weitsicht und der politische Wille, dieses Land zukunftsweisend zu gestalten. Es bleibt also dunkel am Horizont der Dänenampel.